

Kleine Anfrage

des Abg. Tobias Wald CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Breitbandausbau in Mittelbaden

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie die Absage der Telekom für einen Breitbandausbau in einigen Teilen des ländlichen Raums und die damit verbundene Bildung regionaler Bündnisse zum Eigenausbau, wie beispielsweise das „Breitbandprojekt Mittelbaden“?
2. Wie steht sie zu den unsicheren und unverbindlichen Ankündigungen der Telekom, entgegen zuvor getätigter Aussagen und als Reaktion auf die Entstehung der Bündnisse, Netze nun doch selbst auszubauen?
3. Wie bewertet sie den Einsatz der sogenannten Vectoring-Technik der Telekom zum Breitbandausbau und ist ein FTTC-Ausbau (Fibre to the curb, Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) eine angemessene und zukunftsfähige Alternative zum FTTB-Ausbau (Fibre to the building, Glasfaser bis zum Gebäude)?
4. Steht sie bezüglich des Breitbandausbaus mit der Telekom und regionalen Bündnissen in Kontakt, um gegebenenfalls zu koordinieren und als Vermittler zu agieren?
5. Inwieweit wird sie auf die Telekom einwirken, damit Planungssicherheit für regionale Bündnisse besteht?
6. Sind ihr Fälle bekannt, bei denen kommunale Projekte durch das Land bereits gefördert wurden, der Ausbau letztlich jedoch von der Telekom selbst durchgeführt wurde?

21. 09. 2016

Wald CDU

Eingegangen: 29. 09. 2016 / Ausgegeben: 10. 11. 2016

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Die voranschreitende Digitalisierung bringt immer größere Datenmengen mit sich und erfordert somit einen zeitgemäßen Ausbau des Netzes, damit es den Bedürfnissen von Wirtschaft und Bevölkerung gerecht wird. Das Land Baden-Württemberg, als großer Wirtschaftsstandort und Exportland, ist auf den Ausbau von Glasfasernetzen angewiesen, um den Standort zu sichern, das Land für neue Unternehmen attraktiv zu halten und im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Es ist daher zu begrüßen, dass sich, nachdem die Telekom einen Ausbau ausgeschlossen hat, regionale Bündnisse gebildet und die Notwendigkeit eines Glasfasernetzes erkannt haben. Dass der Ausbau jedoch durch die unterschiedlichen Interessen der Kommunen und der Telekom behindert wird, kann nicht im Sinne des Landes sein. Da die Telekom nun doch unverbindliche Ausbauabsichten geäußert hat, verhindert sie einen planmäßigen Ausbau durch die Bündnisse. Eine Verzögerung des Breitbandausbaus und ein möglicherweise daraus entstehender Nachteil für regionale Unternehmen sind nicht hinnehmbar. Es ist daher wünschenswert, dass sich diese Problematik zügig löst und Kommunen Planungssicherheit erhalten.

Antwort

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2016 Nr. 42-0141.5 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie bewertet sie die Absage der Telekom für einen Breitbandausbau in einigen Teilen des ländlichen Raums und die damit verbundene Bildung regionaler Bündnisse zum Eigenausbau, wie beispielsweise das „Breitbandprojekt Mittelbaden“?*

Zu 1.:

Seit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes durch die Europäische Union ist es grundsätzlich Aufgabe der privaten Telekommunikationsunternehmen, für den Breitbandausbau zu sorgen. Im ländlichen Raum funktioniert dieser marktgetriebene Breitbandausbau oftmals nicht, weil die Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Der unternehmerische Ausbau ist nicht rentabel, da sich hier Gemeinden mit geringer Einwohnerdichte und Zentralität der Siedlungen finden. Die Absagen der Deutschen Telekom AG zum Breitbandausbau in einigen Teilen des ländlichen Raums unterliegen der unternehmerischen Freiheit der Telekommunikationsunternehmen.

Für die Landesregierung hat die flächendeckende Breitbandversorgung die Qualität einer Daseinsvorsorge. Es ist Ziel der Landesregierung, ganz Baden-Württemberg am digitalen Wandel teilhaben zu lassen und für gleichwertige Lebens- und Wirtschaftsbedingungen zu sorgen. Die Landesregierung begrüßt deshalb das Engagement der Kommunen und unterstützt sie beim Aufbau eigener passiver Breitbandinfrastrukturen mit Fördermitteln. Regionale Bündnisse (Interkommunale Zusammenschlüsse) werden durch höhere Zuschüsse besonders gefördert.

- 2. Wie steht sie zu den unsicheren und unverbindlichen Ankündigungen der Telekom, entgegen zuvor getätigter Aussagen und als Reaktion auf die Entstehung der Bündnisse, Netze nun doch selbst auszubauen?*

Zu 2.:

Die Landesregierung befasst sich intensiv mit dem Sachverhalt und prüft mögliche Handlungsoptionen. Zu dieser Problematik führt die Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Telekom Gespräche.

3. *Wie bewertet sie den Einsatz der sogenannten Vectoring-Technik der Telekom zum Breitbandausbau und ist ein FTTC-Ausbau (Fibre to the curb, Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) eine angemessene und zukunftsfähige Alternative zum FTTB-Ausbau (Fibre to the building, Glasfaser bis zum Gebäude)?*

Zu 3.:

Für die Landesregierung ist die Vectoring-Technik eine Brückentechnologie, bei der in erste Linie auf das kupferbasierte Telefonnetz und nicht auf zukunftsorientierte Glasfasernetze gesetzt wird. Die physikalisch bedingte Begrenzung der Leistungsfähigkeit des Kupferkabels bewirkt in einem Flächenland wie Baden-Württemberg, dass dort, wo die Länge des Kabels zwischen Verzweiger und Gebäude bisher schon keine befriedigende Versorgung bewirkt, keine nachhaltige Verbesserung zu verzeichnen ist. Die Zieltechnologie Glasfaser hat beim Breitbandausbau für die Landesregierung Vorrang vor kupferbasierten Brückentechnologien.

Der FTTC-Ausbau ist für die Versorgung des privaten Bereichs ein Zwischenschritt auf dem Weg zum Glasfaserausbau bis zum Gebäude, aber keine Alternative zum FTTB-Ausbau. Der FTTC-Ausbau ermöglicht in der Regel eine Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s asymmetrisch (im Download) und deckt somit momentan die Anforderungen des privaten Bedarfs ab. Für den gewerblichen Bedarf reicht ein FTTC-Ausbau nicht aus, da hier mindestens 50 Mbit/s symmetrisch (im Up- und Download) erforderlich sind. Gewerbebetriebe werden deshalb mit Glasfaser erschlossen (FTTB).

4. *Steht sie bezüglich des Breitbandausbaus mit der Telekom und regionalen Bündnissen in Kontakt, um gegebenenfalls zu koordinieren und als Vermittler zu agieren?*

5. *Inwieweit wird sie auf die Telekom einwirken, damit Planungssicherheit für regionale Bündnisse besteht?*

Zu 4. und 5.:

Die Landesregierung befasst sich intensiv mit dem Sachverhalt und prüft mögliche Handlungsoptionen. Sie steht sowohl mit der Deutschen Telekom AG als auch den regionalen Bündnissen in Kontakt, um eine Lösung des Problems herbeizuführen.

6. *Sind ihr Fälle bekannt, bei denen kommunale Projekte durch das Land bereits gefördert wurden, der Ausbau letztlich jedoch von der Telekom selbst durchgeführt wurde?*

Zu 6.:

Der Landesregierung sind Fälle bekannt, bei denen die Deutsche Telekom AG parallel zu kommunalen Projekten ausgebaut hat, die durch das Land bereits gefördert wurden.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration